

SCHRIFTENREIHE DENKANSTÖßE

# UNGEZÜGELTE DE-REGULIERUNG UND DIE FINANZKRISE IN EUROPA

*Katharina Weinberger*

## ZUSAMMENFASSUNG

Katharina Weinberger analysiert in ihrem Beitrag wie die Europäische Union, ihre Mitgliedsstaaten und ihre Bürger in den zurückliegenden zehn Jahren durch den gezielten Abbau staatlicher Regulierung zum Spielball eines ungezügelter Kapitalmarktes wurden. In Europa wurde eine De-Regulierungsspirale in Bewegung gesetzt, die absehbar in der aktuellen europäischen Finanzkrise münden musste, aber von Anfang an vermeidbar gewesen wäre. Der Beitrag richtet seinen Fokus auf die Akteure, ihre Motive und die Mechanismen dieser Entwicklung, die in zehn Meilensteinen zusammengefasst werden.

**Katharina Weinberger** ist Ökonomin und Gründungsmitglied des Instituts Solidarische Moderne. Sie hat ihre langjährigen Konzernenerfahrungen und die beobachteten Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft in dem Buch „Kopfzahl-Paranoia“ zusammengefasst.

Die *Denkanstöße* sind eine regelmäßig erscheinende Publikation des Instituts Solidarische Moderne. Die veröffentlichten Texte stellen nicht zwangsläufig die Position des Instituts dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht.

Textvorschläge für die Schriftenreihe *Denkanstöße* können per E-Mail geschickt werden an: [publikation@solidarische-moderne.de](mailto:publikation@solidarische-moderne.de). Über die Veröffentlichung eingesendeter Beiträge entscheidet ein Auswahlgremium des Instituts.

Das Institut Solidarische Moderne ist die 2010 mit Sitz in Berlin gegründete Programmwerkstatt der ProtagonistInnen der politischen Linken. Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft entwerfen die über 1.400 Mitglieder Lösungen für die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen eines demokratischen Reformprojektes.

[www.solidarische-moderne.de](http://www.solidarische-moderne.de) | [info@solidarische-moderne.de](mailto:info@solidarische-moderne.de)

## UNGEZÜGELTE DE-REGULIERUNG UND DIE FINANZ-KRISE IN EUROPA

Europa erlebt stürmische Zeiten. Wie verängstigte Gnus lassen sich die Staats- und Regierungschefs der großen Europäischen Union auf dem globalen Spielfeld hetzen, das sie selbst mit dem Niederreißen der schützenden Zäune geschaffen haben. Von Finanzjägern, die die Staaten in einem Akt beispielloser Solidarität mit Unsummen öffentlicher Gelder vor dem Kollaps gerettet und wieder aufgepäppelt hatten, und Jagdhelfern, die als bewährte Mittäter die Opfer weiterhin vor die Flinte der Jäger treiben. Je nach Bedarf stufen die Rating-Agenturen die Bonität von EU-Staaten wegen zu hoher Staatsausgaben oder wegen wachstumsschädigender Einsparungen hinunter, bringen die staatliche Zinsenlast, aber auch die Staatsanleihen-Profite der sakrosankten Investoren zum Explodieren. Was menschlicher Hausverstand bis vor kurzem nicht für möglich hielt, wird durch die kurzsichtige Dreistigkeit der Akteure, die Hilflosigkeit der Getriebenen und die vielen gewissenlose Söldner der Meinungsmacherei denkbar – die Gefährdung des jahrzehntelang erfolgreichen Systems Europa. Wie Kontinental-Europa zum unterwürfigen Spielball wurde und welche Schwungräder die Spirale nach unten antreiben, ist Thema des folgenden „Denkanstoßes“.

Ende der 1990er Jahre begann der große Wandel zum „Neuen Europa“, dem Europa der tiefen Kluft zwischen oben und unten, der Arbeitslosigkeit und Entsolidarisierung. „Europe: Clear the Decks for Reform“ titelte die amerikanische „BusinessWeek“, die ihre Sympathie für die neoliberale Sache nie verhehlt hatte, im März 1999 und beschrieb eine folgenreiche Zäsur: „Es war eine Woche, die in ganz Europa an den Nerven von Regierungsmitgliedern und Führungskadern zerrte. Am 11. März verließ Oskar Lafontaine, der mächtige, linksgerichtete deutsche Finanzminister und das vorrangige rote Tuch für die europäische Wirtschaft, plötzlich sein Amt in Bonn. Fünf Tage später boten alle 20 Mitglieder der stolzen Europäischen Kommission in Brüssel den Rücktritt an und ließen die Europäische Union praktisch führungslos zurück. Im

Hintergrund tobten zwei riesige, bis dahin nie dagewesene feindliche Übernahmeschlachten in Rom und Paris. Was steckt hinter der Aufregung? Kurz gesagt: die vereinten Kräfte des globalen Wettbewerbs, der Deregulierung und der Europäischen Währungsunion treffen die Alte Welt wie eine Springflut. Die Wirtschaft bewegt sich Richtung „Dog-eat-dog“-Kapitalismus, wo Vetternwirtschaft und protektionistische Gesetze die Führungskräfte der Unternehmen nicht mehr länger vor den Marktkräften schützen können. Für einen Pessimisten scheint es, dass für Europa eine Zeit der schädlichen Turbulenzen beginnt. Aber das hoffnungsvollere Szenario ist, dass Europa in eine Periode der kreativen Destruktion geht, die die seit langem notwendigen Reformen in der EU beschleunigen und Deutschland und Frankreich endgültig zur Abkehr von ihren hohen Steuern und strengen Regulierungen bewegen könnte.“

Leider behielten die Pessimisten recht. Die Folgen dieser „Ideen des März“ 1999, drei Monate nach der Einführung des Euro, waren für Europa so nachhaltig, dass es lohnt, noch einen genaueren Blick auf Akteure und Motive zu werfen. Im rhetorischen Vordergrund stand das ehrenwerte Motiv, Europa mit Reformen für den globalen Wettbewerb fit zu machen. Als dafür angeblich einzig taugliches Modell propagierten politische Vorreiter wie der britische Premierminister Tony Blair, der sich in Europa offenbar auf die Rolle des Trojanischen Pferdes spezialisiert hatte, das neoliberale Amerika. Großzügige öffentliche Sozialausgaben und Pensionen könne sich das „Neue Europa“ nicht mehr leisten, ebenso wenig wie rigide Arbeitsgesetze, Marktregulierungen oder Zugangsbeschränkungen, die den freien Wettbewerb hemmen würden. Reform-Bremser wie der „zögerliche“ EU-Kommissionspräsident Jacques Santer, dem offiziell ein Korruptionsfall in seiner Kommission zum Stolperstein wurde, oder Finanzminister Lafontaine („unnachgiebiger Druck vom privaten Sektor“) wurden in sorgfältigen Inszenierungen zum Rücktritt gebracht. Von der sozialen Ader Europas sollten künftig nicht mehr die EU-BürgerInnen sondern die globalen Konzerne profitieren, mit niedrigen Unternehmenssteuern, gelockerten Arbeitsgesetzen und den unendlichen Profitverschiebemöglichkeiten des freien Kapitalmarktes. Europa war auf die neoli-

beralen Marktrhetoriker hereingefallen. In Wirklichkeit ging es um handfeste wirtschaftliche Interessen, den „Krieg um die europäischen Märkte“ („BusinessWeek“, 1. November 1999). Die Einführung des Euro und die Konsolidierung des einst fragmentierten Spielfeldes Europa lockten die globalen Player an („Europe is a once-in-a-lifetime opportunity“), die sich mithilfe amerikanischer Investmentbanken flugs an das Abweiden der fetten europäischen Wiesen machten. Feindliche Übernahmen à la Mannesmann und das massenhafte „Freisetzen“ von Arbeitskräften markierten den Beginn des „Neuen Europa“.

Zehn Jahre später bringt nicht nur Europa sondern auch das neoliberale Exportland USA die Ernte der ungehemmten Marktkräfte ein. Die Schlagzeilen („BusinessWeek“, 17. Jänner 2010) haben sich drastisch geändert. Von „permanent temporären Arbeitskräften“ liest man nun, von „Wegwerfarbeitern“, von „sinkender Bezahlung, verschwundenen Zusatzleistungen und permanent unsicheren Jobs“. „Wenn eine alleinerziehende Mutter und selbständige Callcenter-Agentin wie Tammy DePew Smith in Florida um ihren Job beneidet wird, der die minutenweise Bezahlung von Kunden-Telefonaten, aber weder Krankenversicherung, noch Pensionsansprüche, noch Urlaub, noch Abfertigung, noch Zugang zur Arbeitslosenversicherung vorsieht, dann weiß man, dass es den amerikanischen Arbeitnehmern nicht gut geht.“ Auch für die nächsten fünf bis zehn Jahre erwartet „BusinessWeek“ keine wesentliche Verbesserung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer. Aber „BusinessWeek“ macht es sich zu einfach, wenn es die dramatische Entwicklung am Arbeitsmarkt nur als Folge der „ungewöhnlich brutalen Rezession“ erklärt. Die Prekarisierung der Arbeit ist nicht nur die Folge sondern auch eine der wesentlichen Ursachen der Krise.

Die Spirale nach unten begann sich lange vor der Finanzkrise zu drehen, sie war nicht zufällig (siehe oben) und sie wäre zu verhindern gewesen. Als langjährige Konzernmitarbeiterin konnte ich die destruktive Dynamik, die sich nach 1999 entfaltete, aus der privilegierten Position hinter den Kulissen beobachten. Globale Konzerne spielen und spielen aufgrund ihrer Marktmacht - die 500 größten Konzerne realisieren 52 Prozent des weltweiten Bruttosozial-

zialprodukts, wie Jean Ziegler nicht müde wird hinzuweisen - und ihrer Nähe zur Politik eine entscheidende Rolle bei der negativen Entwicklung. Kritik von mir und wenigen anderen kritischen KollegInnen verhallte lange Zeit ungehört. Es war nicht die Zeit für Cassandra, es war die Zeit des verordneten Optimismus und die Zeit der kollektiven Euphorie, aber auch die Zeit, mir Gedanken und Notizen zu machen über die Mechanismen, die das Schwungrad in den Abgrund betreiben. In den folgenden Meilensteinen habe ich die wesentlichen zusammengefasst.

***Meilenstein 1: Konzern-MitarbeiterInnen – vom Humankapital zum Kostenfaktor***

Ende des letzten Jahrtausends wurde der Profit endgültig zum Maß aller Dinge. Die Konzernbosse, die bei der Jagd nach der Rendite vorrangig auf die Kostenkeule setzten, enttarnten die MitarbeiterInnen als vorrangige Kostenquellen und damit oberste Profitfeinde. Sie sahen ihre Belegschaft nicht mehr als „Humankapital“, das pfleglich zu behandeln sei, weil es als Schlüssel zu Umsätzen einen Wert darstelle, sondern als Ballast, den es abzuwerfen oder wenigstens zu „flexibilisieren“ galt. Jetzt wollen die (Un-)Verantwortlichen noch einen Schritt weiter gehen. Künftig sollen so gut wie alle Arbeitskräfte, auch im mittleren Management, „just-in-time“ sein, wie ein Zapfhahn zum Auf- und Zudrehen. Die Belegschaft soll von einem fixen zu einem völlig variablen Kostenfaktor werden. Alle Risiken werden auf die ArbeitnehmerInnen verlagert.

***Meilenstein 2: Statt für die gewinnbringende Beschäftigung kassieren Konzernbosse Unsummen für den massenhaften „Abbau“ von MitarbeiterInnen.***

Zum Unglück für die Arbeitskräfte scheint der Markt massiven Personalabbau zu mögen, beschrieb ein amerikanischer Marktbeobachter diesen fatalen Mechanismus. Der Versuchung, via Analysten- und Wirtschaftsjournalistenlob den Aktienkurs und das daran gekoppelte persönliche Einkommen fulminant zu steigern, widerstanden nur wenige Konzernchefs. So wurden „Massenfrei-

setzungen“, die bis in die 1990er Jahre noch als Zeichen für ultimatives Konzernversagen gegolten hatten, zum Universalrezept, das ob seiner Schlichtheit auch noch die mittelmäßigsten Manager nachkochen konnten. In der Krise wurde dann, was als Jux und Tollerei begann, für viele Unternehmen zur Notwendigkeit, sich von Mitarbeitern zu trennen. Schon 1984 hatte der in Wien geborene Management-Guru Peter F. Drucker, der angewidert war von der Tatsache, dass Konzernmanager Unmengen Geld kassierten, während sie Tausende ihrer Arbeiter feuerten, prophezeit: „Das ist moralisch und sozial unverzeihlich und wir werden einen hohen Preis dafür zahlen.“

***Meilenstein 3: Die „Kopfzahl“-Paranoia der Konzerne verhindert die Einstellung von MitarbeiterInnen.***

„Headcount-Freeze“ heißt die immer häufigere Devise bei Konzernen. Dabei wird die „Kopfzahl“, die Zahl der fix angestellten Arbeitskräfte auf der Gehaltsliste des Konzerns, „eingefroren“. Sogar der Ersatz von freiwillig ausgeschiedenen Arbeitskräften unterliegt dann einem mühseligen Genehmigungs-Marathon, der häufig bis ganz oben zum Konzern-Chef führt. Wenn die Belegschaft wegen Arbeitsüberlastung schon am sogenannten Zahnfleisch ist, bietet sich als weniger streng geprüfter, weil „kopfzahl“-neutraler Ausweg die Beschäftigung von DienstnehmerInnen auf Basis eines der vielen atypischen Arbeitsverhältnisse an. Sie können wie Produkte über das Bestellsystem geordert und ohne große Probleme und Zahlungen jederzeit wieder an die Luft gesetzt werden. So stieg in Deutschland die Zahl der Personen in neuen oder atypischen Beschäftigungsformen von 1997 bis 2007 um 2,6 Millionen auf 7,7 Millionen an, während die Zahl der Erwerbstätigen in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen um 1,5 Millionen absank. 1998 standen noch fast drei Viertel (72,6%) der Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis, 2008 waren es laut Destatis nur noch 66%. Fast jeder zweite atypisch Beschäftigte erhielt einen Bruttostundenlohn unter der Niedriglohngrenze.

***Meilenstein 4: Die Konzerne verdienen mit Finanztransaktionen mehr als mit ihrer eigentlichen Geschäftstätigkeit.***

Die Konzernchefs lassen immer mehr Geschäftsfelder brach liegen, indem sie vorgeben, ausschließlich auf das lukrative Kerngeschäft fokussieren zu wollen. In Wirklichkeit haben sie eine ausgeprägte Aversion gegen Investitionen, die sich vielleicht erst in zwei, drei Jahren mit vergleichsweise bescheidenen Renditen rechnen würden. Schließlich können die Konzerne das eingesparte Geld bei Finanzgeschäften weitaus lukrativer einsetzen. So erwartete der Deutsche-Bank-Ackermann gar eine völlig überzogene Ernte von 25 %. Porsche erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2006/7 zwei Drittel des Gewinns, indem der oberste Finanzmanager auf den Kursanstieg der VW-Aktien setzte und damit 3,6 Milliarden Euro einstrich. „Der Autobauer mutiert zum Hedgefonds,“ schrieb das „Manager Magazin“ (12/2007). Wozu eine größere Zahl von Mitarbeitern in der aufwendigen Konzern-Realwirtschaft beschäftigen, wenn einzelne, bonusgesteuerte Wesen mit Knopfdruck Milliarden bewegen und weitaus höhere Renditen einfahren können.

***Meilenstein 5: Die Finanzmanager übernehmen immer mehr Macht in den Konzernen.***

Die Obsession mit Kennzahlen, mit Kosten und Kopfzahlen vergrößert die Machtsphäre der Zahlenjongleure und Meister des Rotstifts. Was nicht in eine Excel-Tabelle hineinpasst, kann nicht wichtig sein, lautet ihr typisches Credo. Sie haben das letzte Wort bei der Budgetzuteilung, überwachen wie Zerberusse die Einkaufssysteme, definieren MitarbeiterInnen über ihre Kostenstellen und mahnen beständig – ohne jegliche Sentimentalität - die Reduktion der Kopfzahl an. Erstaunlich widerstandslos exekutieren die untergebenen Manager die von ganz oben bis ganz unten exakt vorgegebenen Kopfzahl-Reduktionsquoten.

***Meilenstein 6: Fusionen und Übernahmen sind die ultimativen Jobkiller.***

Um sich die Marktanteile der Konkurrenz einzuverleiben und den eigenen Preisgestaltungsraum profitsteigernd auszudehnen, begaben sich die Konzerne in den letzten Jahren mit vollen Kassen auf Einkaufstour. Zu allem Überfluss entdeckten dann auch noch Finanzinvestoren die Übernahme von Unternehmen als lukratives Finanzgeschäft. Unzählige einstmals gesunde Unternehmen wurden von den neuen Eigentümern, die von dem Geschäftsfeld meist keinerlei Ahnung, aber stets dreiste Sanierungssprüche auf den Lippen hatten, zu Siechtum filetiert oder durch das Aufhalsen der Übernahmekredite paralyziert. Was von den Geiern euphemistisch „Konsolidierung“ genannt wird, ist eine Markt- und Machtkonzentration übelsten Ausmaßes, die nicht nur für den Arbeitsmarkt katastrophale Folgen hat. So wurden allein in den ersten neun Monaten 2009 weltweit Fusions- und Übernahmegeschäfte im Ausmaß von 1.46 Billionen \$ angekündigt und dabei noch über einen starken Rückgang gegenüber 2008 geklagt. An die 7 Mrd. \$ konnten die zehn erstgereihten Investmentbanken bis Anfang Dezember 2009 dafür an fetten Beratungshonoraren einstreichen (Thomson Reuters). Die durch den M&A-Tsunami vernichteten Arbeitsplätze zu zählen, hat bisher niemand der Mühe wert gefunden. Wir verbrennen knappe Ressourcen, als ob es kein Morgen gäbe.

***Meilenstein 7: Die Globalisierung führt in Europa zum Verlust von Arbeitsplätzen, aber mehr noch zur Erosion von Rechten und Einkommen der Beschäftigten.***

Nur ein kleiner Teil der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt lässt sich auf die Globalisierung zurückführen. In Europa wie in den USA sind es etwa zwei Prozent aller Jobs, die im Kielwasser der Globalisierung permanent verlagert wurden (so eine im „Economist“ im Jänner 2007 zitierte Studie). Der „Economist“, alles andere als ein Gegner der Globalisierung, konstatierte als Begleiterscheinung, dass „in der reichen Welt der Anteil der Arbeit am Bruttosozialprodukt historische Tiefen erreicht hat, während die Profite explodierten und so ein gefährlicher Mix von Ungleichheit und flauen Löhnen die Globalisierung

gefährdet.“ Die Wirtschaftsrosse brauchten nur die verbale Globalisierungskeule schwingen und mit Kapitalabzug und Jobverlagerung zu drohen. Dann senkten die Politiker die Konzernsteuern und weichten die Arbeitsgesetze weiter auf.

***Meilenstein 8: In Europa schöpfen die globalen Konzerne die Gewinne ab, in China und Indien investieren sie in Arbeitsplätze.***

In der globalen Wirtschaft verfolgen die Konzerne eine klare geographische Arbeitsteilung. In ganz wenigen zu Wachstumsmärkten erklärten Ländern wie Indien und China sind die Konzerne bereit zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Im Rest der Welt fokussieren sie auf den effizienten Abzug der Profite. Impulse für den Arbeitsmarkt gehen dort von den Konzernen nicht aus. Die Einführung des gemeinsamen Marktes und des Euro haben die Konzerne als weitere Chance erkannt, Geld zu sparen und Arbeitskräfte abzubauen. So arbeiten jetzt Konzerne wie BP daran, die Landesgesellschaften abzuschaffen und Europa von einem Standort aus zu bedienen („Manager Magazin“ 6/2009). Die Konzerne bemühen sich eifrig um die weitere Peripherisierung Europas. Erst hielten sie uns alten Europäern den amerikanischen Optimismus und Markt-Euphorismus als Ideal vor (heute sind in den USA Bücher wie „How positive thinking ruined America“ Bestseller), jetzt wollen sie uns auf fernöstliche Bedürfnislosigkeit einschwören. Mit Mikrokrediten, die bisher nur in der Dritten Welt eingesetzt wurden, will die EU Arbeitslosen bei der Unternehmensgründung beistehen - eine überaus fatale Symbolik.

***Meilenstein 9: Politik und Gewerkschaften lehnten sich zurück und ließen die Abbauer ungehindert ihren Job tun.***

Wenn man den Markt mit seinem unsichtbaren Händchen ohne Eingriffe des Staates nur tun lasse, wird alles gut, sagten die Konzernchefs, die ihren Mund nahe am Ohr der Politiker hatten. Die Regierenden hätten zwar aus der Ver-

gangenheit wissen können, dass dies bisher nirgendwo auf Erden funktionierte und es immer nur für ganz wenige gut wurde, aber wie die Kaninchen starrten sie regungslos auf die Schlange. Vielleicht ließ ihnen auch die Schlange etwas zukommen, um ihre Angst zu dämpfen und ihr Wohlwollen zu erringen. Die mitteleuropäischen Türöffner für die Neoliberalen Schröder (von „BusinessWeek“ einst zum „Champion of Restructuring“ ernannt) und Schüssel können sich zumindest nach ihrer Kanzlerschaft über lukrative Verträge mit Konzernen der Energiewirtschaft freuen. Politiker wie Gewerkschaften ermöglichten die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die ohne Umweg zur Prekarisierung großer Schichten der Gesellschaft führte. Irgendwie müssen sie übersehen haben, dass unser Gesellschaftssystem ganz wesentlich auf den Beiträgen und Steuern basiert, die von den Inhabern von Vollarbeitsplätzen bezahlt werden.

***Meilenstein 10: Der Staat, der die Finanzindustrie retten musste, hat selbst immer weniger Spielraum als Arbeitgeber.***

Im neoliberalen Überschwang zog und zieht sich der Staat als Eigentümer und Arbeitgeber aus wesentlichen Bereichen der Infrastruktur wie der Post zurück, was Adam Smith übrigens keineswegs goutiert hätte, und forciert damit die Eliminierung von Jobs in besonders sensiblen Regionen. Nach dem Milliarden-Rettungspaket für die Banken muss der Staat seine Rolle als Arbeitgeber weiter einschränken. So soll beispielsweise in Österreich in den nächsten Jahren nur mehr jeder zweite Abgang eines Beamten ersetzt werden. Schon seit einiger Zeit setzt auch der Staat vielfach auf den Einsatz prekärer Arbeitsverhältnisse, um die Zahl der Beamten kleiner scheinen zu lassen und um sich für die Prekären Zusatzleistungen zu sparen. So wird die post-industrielle Reservearmee immer größer.

Es ist allerhöchste Zeit für die Politik, die Rolle von Gejagten und Jägern umzukehren und neue Rahmenbedingungen für Finanz- und Realwirtschaft zu

schaffen. Das deutsche Verbot von Leerverkäufen für Euro-Staatsanleihen und auf Kreditausfallversicherungen ist ein erster wichtiger, wenn auch partieller Schritt, der hysterische Aufschrei der „Wall Street“ und neoliberalen Glaubensgemeinschaft das beste Zeichen für die Richtigkeit der Aktion.

**BISHER IN DER PUBLIKATIONSREIHE DENKANSTÖßE  
ERSCHIENEN:**

- #1** Wolfgang Neskovic: Der Sozialstaat und die Wirtschaftskrise
- #2** Birgit Mahnkopf: Leitbilder auf dem Weg aus der neoliberalen Sackgasse
- #3** Andrea Ypsilanti & Hermann Scheer: Der Weg aus der Systemkrise des  
Wirtschaftens
- #4** Marco Bülow: Die Lobby-Republik
- #5** Klaus-Dieter Stork: So wie es bleibt, ist es nicht

Alle Denkanstöße stehen auf der Homepage des Instituts Solidarische Moderne kostenlos zum Download zur Verfügung: [www.solidarische-moderne.de](http://www.solidarische-moderne.de)